



Ausgabe 15/2011

19. Dezember 2011

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Nach den rechtsterroristischen Morden GdP verurteilt Pauschalkritik an Sicherheitsbehörden



München. Die GdP Bayern trauert im Zusammenhang mit den rechtsextremistischen Morden um die Opfer und ist tief betrübt über das Leid der Angehörigen.

Die Gewerkschaft der Polizei Bayern wehrt sich jedoch gegen pauschale Vorverurteilungen der bayerischen Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden und all-

gemeine Fehlerzuweisungen, die derzeit auch von Politikern und Vertretern des öffentlichen Lebens geübt werden. Sollte die Aufarbeitung der schrecklichen Vorfälle Unstimmigkeiten beweisen, sind diese natürlich zu untersuchen und Vorkehrungen gegen Wiederholung zu treffen.

Die Arbeit der Sicherheitsbehörden wird aber einer Pauschalkritik unterworfen, noch bevor die notwendigen Ermittlungen diesbezüglich ein klares und schlüssiges Ergebnis erkennen lassen.

GdP-Landesvorsitzender Helmut Bahr: „Wir sind überzeugt, dass die bayerischen Sicherheitsbehörden jeder Spur, der nachzugehen war, auch stichhaltig nachge-

gangen sind und vertrauen der Arbeit der Bayerischen Polizei und des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz“. Die GdP steht für eine lückenlose Aufklärung, erwartet aber auch bei aller Betroffenheit über die schrecklichen Mordtaten einen sachbezogenen und differenzier- ten Umgang von Seiten der Politik für ein Gebot der Fairness.

Die Kolleginnen und Kollegen verrichten unter schwierigen Bedingungen ihren Dienst und stehen in der Verbrechensbekämpfung und Extremismusaufklärung bundesweit mit an der Spitze. Sie haben eine solche pauschale Kritik nicht verdient.

Pauschale Kritik an Ermittlungsbehörden nicht gerechtfertigt!

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung äußerte die Landtagspräsidentin Barbara Stamm anlässlich einer Gedenkfeier für die Opfer rechtsextremer Morde: „Die Familien hätten nicht nur geliebte Menschen verloren, so Stamm, sondern mussten ,zusätzliche Belastungen durch fehlerhafte Ermittlungen und falsche Verdächtigungen ertragen. Dafür möchte ich mich‘, so Stamm weiter, ,stellvertretend bei den hier anwesenden Angehörigen, in aller Form entschuldigen.‘ Alle Bürger, aber auch die Sicherheitskräfte müssten sich den Rechtsextremisten mutig entgegenstellen - und die ,zuständigen Behörden ermutigen, jede noch so geringe Spur brauner Gesinnung aufzugreifen und mit aller Entschlossenheit zu verfolgen‘.“

(<http://www.sueddeutsche.de/p5m38m/369122/Wir-sind-beschaemt.html>)

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

Dazu stellen wir als Gewerkschaft der Polizei in Bayern fest:

1. Der Ermittlungskomplex ist ausgesprochen vielfältig und schwierig. Alle Kolleginnen und Kollegen der Bayerischen Polizei leisten seit Jahren im dienstlichen Alltag wie in Sonderermittlungskommissionen eine engagierte Aufklärungsarbeit. Eine hohe Zahl ist (zusätzlich) an Samstagen, Sonn- und Feiertagen sowie in den Nachtstunden tätig. Die Überstundenstatistik belegt das herausragende Engagement eindrucksvoll.

2. Eine seriöse Analyse möglicher „zusätzlicher Belastungen durch fehlerhafte Ermittlungen“ ist erst nach Abschluss vollständiger und lückenloser strafrechtlicher Ermittlungsverfahren möglich.

3. Gegenwärtig ist hier nicht erkennbar, welche Ermittlungen in Bayern fehlerhaft gewesen sein sollen. Falsche Verdächtigungen wurden von Seiten der Kollegin-

nen und Kollegen der Bayerischen Polizei nicht ausgesprochen.

4. Die bayerischen Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden stellen sich im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten seit Jahren dem Rechtsextremismus entschlossen entgegen. Dies beinhaltet die Verfolgung strafbarer Handlungen in allen Extremismusbereichen, gerade auch im Rechtsextremismus. Maßstäbe sind die Vorgaben der verfassungsrechtlichen Ordnung und die einschlägigen Gesetze.

Diese Umstände bitten wir auch in der breiten Öffentlichkeit und in der Politik zu berücksichtigen.

Gewerkschaft der Polizei Bayern



GdP: Beamtenversorgung nicht zur Stimmungsmache missbrauchen

Berlin - (gdp) Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, warnte davor, die Hochrechnung der Versorgungslasten für die öffentlichen Haushalte als Stimmungsmache gegen die Beamtinnen und Beamten zu missbrauchen. Der Bund der Steuerzahler hatte am Mittwoch in Berlin eine Studie vorgestellt, nach der sich diese Lasten bis 2050 auf 1,36 Billionen Euro belaufen.

Witthaut: „Während ihrer gesamten Laufbahn leisten Beamte Beiträge zu ihrer späteren Versorgung. Durch ein im Vergleich zu anderen Arbeitnehmern abgesenktes Einkommen legen die Regierungen in Bund und Ländern die spätere Altersversorgung seiner Beamten monatlich an die Seite. Skandalös ist, dass diese Versorgungsrücklagen zum Stopfen

von Haushaltslöchern unterschlagen wurden.“

Eine Absage erteilte Witthaut der Forderung des Steuerzahlerbundes, die Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten generell auf 67 Jahre anzuheben. Witthaut: „Ich möchte den Feuerwehrmann, den Polizisten und den Lehrer sehen, die psychisch und physisch auch nur annähernd bis zu diesem Alter ihren Beruf ausfüllen können. Polizistinnen und Polizisten sind darüber hinaus enorm gestiegenen körperlichen und seelischen Belastungen ausgesetzt. Jahrzehnte langer Wechselschichtdienst, massive Überstundenzahlen, der dramatische Zuwachs an Gewaltübergriffen und kaum planbare Freizeiten an Wochenenden laugen unsere Kolleginnen und Kollegen aus.“



Auch die wirkungsgleiche Übertragung von Rentenkürzungen auf die Beamtenversorgung gehe, so Witthaut, von falschen Prämissen aus. Witthaut: „Die Einkommen und Pensionen der Beamten sind in den letzten Jahren bereits Opfer zahlreicher Kürzungen geworden.“

GdP fordert ein Ende der Saufgelage im öffentlichen Nahverkehr

München/ Hilden - Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Bezirk Bundespolizei fordert endlich mehr politische Unterstützung, um gezielt gegen betrunkene Fahrgäste im öffentlichen Nahverkehr vorgehen zu können. Erst am vergangenen Wochenende war es in München zu regelrechten Alkoholexzessen in der S-Bahn gekommen.

Via Facebook hatten Unbekannte am Samstagabend zum „Abschiedstrinken“ in den Zügen und an den Haltestellen in München aufgerufen. Hintergrund war das seit Sonntag 0 Uhr in Kraft getretene Alkoholverbot in der Münchner S-Bahn. Der Einladung folgten rund 2.000 meist junge Leute. Doch was zunächst als „Party“ begann, eskalierte schnell zu ausufernder Sachbeschädigung. Rund 170 Polizeibeamte waren im Einsatz um die Situation zu beruhigen. Die Bahn spricht inzwischen von einem Sachschaden von über 200.000 Euro.

Pöbeleien, Sachbeschädigung und auch körperliche Gewalt durch Alkoholisierte in Zügen zählen längst zu den täglichen Problemen mit denen sich die Bundespolizei herumschlagen muss. „Zwar wur-

de in den vergangenen Monaten in der Presse viel über Gewalt im öffentlichen Nahverkehr berichtet und es gibt auch in der Bevölkerung ein riesiges Bedürfnis nach mehr Sicherheit – doch die Politik rührt sich keinen Millimeter. Mit diesem Problem werden Bevölkerung und Polizei völlig im Stich gelassen. Es ist sehr beeindruckend, wie unsere Kolleginnen und Kollegen in München trotzdem die Lage noch gemeistert haben“, so Josef Scheuring, Vorsitzender der GdP – Bezirk Bundespolizei.

Kernproblem ist laut GdP die rechtliche Grauzone in Bezug auf Alkohol trinkende Reisende. Bislang ist der Alkoholkonsum in Zügen nur auf Basis der Hausordnungen der einzelnen Nahverkehrsbetreiber untersagt – eine rechtliche Regelung gibt es jedoch nicht. Das bedeutet in der Praxis, dass die Polizei Betrunkene zwar ermahnen kann, das Trinken zu unterlassen, sie aber nicht aus den Zügen entfernen darf. Dies geht bislang nur, wenn der Bahnschutz – sprich ein Beschäftigter der Verkehrsbetreibers anwesend ist, von seinem Hausrecht gebraucht macht und die Polizei um Unterstützung bittet oder

eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht.

„Dass es hier keine einheitliche Regelungen gibt, ist einfach absurd! Für jeden unachtsam weggeworfenen Zigarettenschmuckel ist es möglich ein Bußgeld zu verhängen, aber um den übertriebenen Alkoholkonsum zu unterbinden, gibt es keine städtischen Verordnungen“, so Josef Scheuring weiter. Zudem kämpft man in der Bundespolizei laut GdP mit einem ständigen Personalmangel. Die Gewerkschaft fordert daher die politischen Verantwortlichen dazu auf, endlich ihre Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und der Bundespolizei die dringend notwendigen personellen und rechtlichen Mittel an die Hand zu geben, um diese Sicherheit zu gewährleisten.





Mehr Verkehrstote in 2011

GdP: Schlechte Verkehrsmoral erfordert zu viele Todesopfer

Berlin – (gdp) Rücksichtlose Fahrweisen, Alkohol, überhöhte Geschwindigkeit und die zunehmende Missachtung von Verkehrsregeln sind nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verantwortlich für den Tod von rund 3900 Menschen im zu Ende gehenden Jahr auf Deutschlands Straßen.

GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „2011 werden voraussichtlich sieben Prozent mehr Menschen im Straßenverkehr getötet worden sein, als im Jahr davor. Damit wird die Zahl der Verkehrstoten erstmals seit 20 Jahren wieder steigen. Auch bei den Verletzten ist mit einer Zunahme von fünf Prozent zu rechnen. Besonders alarmierend ist, dass das bei einer insgesamt sinkenden Zahl der Unfälle passiert.“

Im Gegensatz zum Statistischen Bundesamt glaubt die Gewerkschaft der Polizei nicht, dass die milde Witterung im Winter und Frühjahr die Ursache ist. Witthaut: „Meine Kolleginnen und Kollegen in den Verkehrsdiensten sagen etwas anderes: Die Verkehrsmoral verschlechtert sich erheblich.“

Es räche sich, dass die polizeiliche Verkehrsüberwachung zurückgefahren worden sei, so Witthaut, insbesondere die polizeilichen Anhaltekontrollen zugunsten der Instrumentenkontrolle, wie Blitzer und Starenkästen.

Witthaut: „Das Gespräch mit dem Verkehrssünder unmittelbar nach dessen Fehlverhalten durch geschultes polizeiliches Personal ist unverzichtbar.“ Der überall festzustellende Trend, Regelverletzungen auch im Straßenverkehr auf die leichte Schulter zu nehmen, so der GdP-Vorsitzende, müsse mit einer verstärkten polizeilichen Verkehrsüberwachung beantwortet werden. Witthaut: „Der Personalabbau bei der Polizei kommt der Gesellschaft teuer zu stehen.“



**UNVERGESSLICHE
MOMENTE
ERLEBEN UND 5%
REISEKOSTENZUSCHUSS
SICHERN**



Ihr erreicht uns unter:

Telefon 089/57 83 88 24

Telefax 089/55 25 50 55

info@sw-touristik.de

www.sw-touristik.de

Öffnungszeiten:

werktags 9.30 – 18.30 Uhr

samstags 10.00 – 14.00 Uhr

Taucht ein in das flirrende Nachtleben fremder Städte oder plant mit uns Euren nächsten Strandurlaub, eine unvergessliche Kreuzfahrt oder auch ein Wellness-Wochenende. Lasst uns Euren ganz persönlichen Urlaubstraum kreieren. Wir freuen uns auf Euch!

GdP-Mitglieder und deren Angehörige erhalten einen **5% Reisekostenzuschuss** bei Buchungen über unser Reisebüro „sw-touristik“ auf: • alle Pauschalreisen • Kreuzfahrten • Ferienwohnungen und Hotels mit Selbstanreise • Kultur- und Studienreisen • Reiseversicherungen • SW-Sonderangebote

MEHR INFOS: WWW.SW-TOURISTIK.DE